

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Hartmut Teichmann +49 202 563 6223 hartmut.teichmann@stadt.wuppertal.de
	Datum:	04.11.2022
	Drucks.-Nr.:	VO/1261/22/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
08.11.2022	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.10.2022: Razzien in Oberbarmen		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.10.2022.

Beschlussvorschlag

Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegengenommen.

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Beantwortung der Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- 1. Sind die Medienberichte korrekt, die besagen, dass auch das Jobcenter und die Wuppertaler Ausländerbehörde an den genannten Razzien beteiligt waren?**

Es trifft zu, dass die Jobcenter Wuppertal AöR und Ressort 204.4 an den beiden Aktionen beteiligt waren.

2. Wenn ja, handelte es sich hierbei um ein Amtshilfeersuchen an die Polizei, mit welcher Begründung?

Es handelte sich nicht um ein Amtshilfeersuchen.

3. Gab es bisher offizielle Beschwerden gegen fehlerhaftes Vorgehen der Polizei oder anderen beteiligten Institutionen während der Razzien?

Beschwerden wegen des Verhaltens von Mitarbeitenden der Jobcenter Wuppertal AöR oder der Ausländerbehörde im Zusammenhang mit den beiden Aktionen liegen nicht vor. Im Gegenteil gab es eher sowohl vor Ort als auch im Nachgang positive Rückmeldungen und Zuspruch.

4. Stehen die Ergebnisse aus der Razzia im Verhältnis zum getätigten Aufwand? Wenn es ein Amtshilfeersuchen an die Polizei gab, konnte mit den Razzien Abhilfe geschaffen werden?

Seitens der Jobcenter Wuppertal AöR waren einmal drei und einmal zwei Personen im Einsatz.

Es wurden Arbeitnehmer*innen und Gewerbetreibende sowie Anwohner*innen aus fünf Problemimmobilien angesprochen. Alle angetroffenen Personen haben nach einer höflichen Ansprache und Belehrung über ihre Rechte freiwillig mitgewirkt. Nach Sichtung der bei den beiden Aktionen aufgefallenen Fälle wurde durch die Jobcenter Wuppertal AöR bei 13 Bedarfsgemeinschaften der Sachverhalt weiter ermittelt. Bei zwei Bedarfsgemeinschaft wurden die Bewilligungen aufgehoben bzw. Leistungen entzogen, da kein gewöhnlicher Aufenthalt in Wuppertal vorlag oder notwendige Mitwirkungshandlungen ausgeblieben sind. Rückforderungsverfahren für die Vergangenheit wurden eingeleitet. In einem weiteren Fall wurde die rechtswidrige Auszahlung einer einmaligen Beihilfe in Höhe von ca. 3.500 € verhindert.

Die weiteren Fälle befinden sich wegen Zweifeln an der Hilfebedürftigkeit in dezentraler Prüfung. Hintergrund hierfür sind Anhaltspunkte für verschwiegenes Einkommen, auffällig teure Wohnungsausstattungen oder das Mitführen von hohen Bargeldsummen. Der Verzicht auf Sozialleistungsansprüche als Reaktion auf Nachfragen zur Herkunft der Vermögenswerte oder des Einkommens ist nicht selten ein Indiz für rechtswidrig erlangte Sozialleistungen.

Es wurden in bzw. an drei Objekten bauliche Mängel festgestellt die an das THW und die Feuerwehr sowie an die Wohnungsaufsicht Ressort 105.3 gemeldet wurden. Hierzu gehören z.B. Einsturzgefährdung, lockere Treppengeländer und defekte Beleuchtung im Treppenhaus oder offen liegende Stromkabel. Die Mieteinnahmen, die die Eigentümer aus diesen Mietobjekten erzielen, ergeben sich überwiegend aus steuerfinanzierten Sozialleistungen. Seitens des Ressorts 105 wurde an die Eigentümer zur Mängelbeseitigung herangetreten. Die Ausländerbehörde hat in drei Fällen Anlaufbescheinigungen ausgestellt. In einem Fall ergab sich aufgrund unerlaubten Aufenthaltes eine unmittelbare aufenthaltsrechtliche Konsequenz. In den beiden anderen Fällen führen die gewonnenen Erkenntnisse mittelbar zu aufenthaltsrechtlichen Folgen.

Für die Jobcenter Wuppertal AöR steht das Ergebnis damit in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand. Die Ausländerbehörde teilt die Auffassung der Jobcenter Wuppertal AöR, dass das Ergebnis in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand steht.

5. Inwieweit sieht der Dezernent Dr. Stefan Kühn die Quartiersarbeit, die auch von einem Vertrauen in die an der Razzia beteiligten Behörden und Ämter abhängt, gefährdet?

Die Entwicklung des Stadtteils wird durch abgestimmte Aktionen unterschiedlicher öffentlicher Stellen gestärkt.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

neutral /nein

ja, positive Auswirkungen

ja, negative Auswirkungen

Begründung: Die Vorlage hat keine Klimarelevanz.